



NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT
TREFFPUNKT SCHWEIZ
GRUPPE BERN

Veranstaltungsreihe 2010 / 2011 der NHG Gruppe Bern zum Thema

«Aktive Zivilgesellschaft – lebendige Demokratie»

«Unsere direkte Demokratie erlaubt uns einerseits viel Mitbestimmung, andererseits erfordern die vielen Partizipationsmöglichkeiten in der Schweiz engagierte und aktive Mitglieder, nicht nur als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Die vielfältigen Engagements werden üblicherweise unter den Begriff „Zivilgesellschaft“ zusammengefasst. Diese Zivilgesellschaft befindet sich im Zeichen der Veränderungen unserer Zeit in einem permanenten Umbau. Sie stellt neue Anforderungen ans Milizprinzip. Zu denken ist auch an die Informations-gesellschaft sowie an neue Tendenzen, die sich aus der Migration ergeben oder sich in der Kultur zeigen. In unserer Veranstaltungsreihe wollen wir einzelnen Phänomenen dieser gesellschaftlichen Entwicklung nachgehen und zum Nachdenken sowie lebhaften Diskussionen anregen» (Alec von Graffenried, Präsident der NHG/RS Gruppe Bern)

Zusammenfassung der Veranstaltungen:

1. **Wie ist unsere Demokratie gewachsen – und sind wir ihr heute noch gewachsen?**

Donnerstag, 28. Oktober 2010 mit Tobias Kästli, Historiker und Autor und Flavia Wasserfallen, Politologin und Grossrätin

2. **Professionalisierung: Kommen wir an die Grenzen unseres Milizsystems?**

Dienstag, 23. November 2010 mit Lorenz Hess, Gemeindepräsident Stettlen, Präsident des Verbands Bernischer Gemeinden, Grossrat und Andrea Weik, Leiterin des Jugendamtes des Kt. Bern

3. **Menschen in der Migration: Neue Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit?**

Dienstag, 11. Januar 2011 mit Beate Godenzi, Leiterin der Abt. Global + Migration des DEZA, Bashkim Iseni, Direktor und René Holenstein, Verfasser des Buchs «50 Jahr Schweizer Entwicklungszusammenarbeit»

4. **Kunst und Kreativität: Inspiration und Quelle für die Entwicklung der Gesellschaft?**

Dienstag, 8. Februar 2011 mit Pius Knüsel, Direktor Pro Helvetia: «Kunst – ein Motor der gesellschaftlichen Entwicklung und ein Wirtschaftsfaktor» und Christian Pauli, Co-Leiter Kulturzentrum Dampfzentrale und Präsident bekuft.

5. **Social Media: Kann die Politik mit der Zivilgesellschaft Schritt halten?**

Dienstag, 8. März 2011 mit Martin Handschin, Stapferhaus Lenzburg, Andreas Hugli, Furrer.Hugli&Partner AG und Mark Balsiger, Border-Crossing AG

Die Veranstaltungen fanden im RESTAURANT SCHMIEDSTUBE, Schmiedenplatz 5 in Bern statt.

Diese Veranstaltungsreihe wurde grosszügig unterstützt durch die **Burgergemeinde Bern**, die **Sophie und Karl Binding Stiftung**, die **Berner Kantonalbank BEKB /BCBE** und **Die Mobiliar**.



Sophie und Karl
Binding Stiftung



BEKB | BCBE

Die Mobiliar
Versicherungen & Vorsorge

WIE IST UNSERE DEMOKRATIE GEWACHSEN – UND SIND WIR IHR HEUTE NOCH GEWACHSEN?

Referat von Tobias Kästli, Historiker und Publizist, Biel – www.tobiaskaestli.ch (siehe dort Literaturangaben)

1. Rousseaus Demokratievorstellung im „Contrat social“ 1762

Die Demokratie ist die Regierungsform, in der nicht der König, sondern das Volk der Souverän ist. Das Volk ist die Gesamtheit der durch den „contrat social“ gebundenen Menschen, es bildet den „corps politique“. Die Demokratie ist die Regierungsform, die geeignet ist, die „volonté générale“ zu verwirklichen.

« Rien n'est plus dangereux que l'influence des intérêts privés dans les affaires publiques, et l'abus des lois par le gouvernement est un mal moindre que la corruption du législateur, suite infaillible des vues particulières. (Rousseau)

2. Republik und Demokratie in der Schweiz um 1800

Die Schweizerische Eidgenossenschaft besteht schon in der Zeit vor der Französischen Revolution aus lauter Republiken. Eine Menschenrechtserklärung, wie sie der französischen Verfassung von 1795 vorangestellt war, ist ihnen aber fremd. Der Kreis derjenigen, die politische Rechte haben, ist sehr eng gezogen und verengt sich im Lauf des 18. Jahrhunderts so stark, dass von einer Aristokratie oder einem „Kollektivfürsten“ die Rede ist. **Republik und Demokratie sind nicht identisch!** Die Bezeichnung der Schweiz als „älteste Demokratie“ ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts.

Im April 1798 führen die französischen Behörden eine einheitliche Verfassung für die mittlerweile besetzte „**Helvetische Republik**“ ein. „*L'universalité des citoyens est le souverain.*“ heisst es. Diese repräsentative Demokratie dauert aber nur 5 Jahre. Sie zerbricht daran, dass der Einheitsstaat nicht akzeptiert wird.

Die **Mediation von 1803** schafft einen föderalistischen Staat. Die **Restauration von 1814** bringt in den meisten Kantonen wieder die alte Elite an die Macht, die auf die Ausschliesslichkeit ihrer Souveränität bedacht ist.

3. Die Frage der Bürgerrechte

Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie ist, dass die Bürgerrechte einem möglichst grossen Teil der Bevölkerung zukommen. Das Bürgerrecht ist ursprünglich die Teilhabe an der Selbstverwaltung der „Burger“. Diese sind Nutzniesser des Bürgergutes. Sie nehmen nicht alle, die neu zu ihnen stossen, ins Bürgerrecht auf (keine Hintersassen, keine Fremden). In den schweizerischen Städten, aber auch in den Landorten mit ihrem Korporationsgut waren nie alle Bewohner im Besitz des Bürger- oder Korporationsrechts.

4. Was ist eine gute Verfassung?

„*Es ist eine Verfassung, die die Freiheit des Bürgers garantiert – die Freiheit, dorthin zu gehen wo er will, die Freiheit, die Früchte seiner Arbeit zu geniessen, die Garantie, nicht willkürlich eingesperrt zu werden. Diese Freiheit kann nur garantiert werden, wo die Gewaltenteilung im Staat konstituiert wird, wo Legislative, Exekutive und Judikative voneinander getrennt sind und sich gegenseitig kontrollieren.*“ (Charles Neuhaus, Biel 1831!)

„*Der demokratische Staat als Schule des unruhigen Volkes, die demokratischen Rechte als Erziehungsmittel der Nation*“ – so das Werturteil eines Liberalen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

5. Die liberale Berner Verfassung von 1831

Im Kanton Bern herrschen während der **Restaurationszeit (1815-1830)** undemokratische Verhältnisse: Allgemeine Wahlen gibt es nicht. Im Grossen Rat sind die Landstädte und die Landschaften nur als Minderheiten vertreten. Das Stadtberner Patriziat hat im Grossen Rat die absolute Mehrheit und besetzt alle wichtigen Ämter. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit sind nicht gewährleistet.

Im Herbst 1830 und im darauf folgenden Winter wird in einer Reihe schweizerischer Kantone unter dem Druck aufgebracht und militanter Bürger das politische System umgestaltet und ein Machtwechsel eingeleitet. In vielen dieser Kleinststaaten, aus denen die Schweiz damals besteht, werden Verfassungstexte entworfen, diskutiert und verabschiedet. Das Land wird zu einem politischen Labor, das im nachrevolutionären Europa einzigartig ist!

1830 bricht im Kanton Bern eine Revolution aus. Das Landvolk zieht in die Städte, um seine Forderung nach Mitsprache durchzusetzen. Anführer sind (u.a.) die Gebrüder Schnell aus Burgdorf und die Brüder Blösch aus Biel. Der Staat, der jetzt durch die neue Verfassung begründet wird, heisst „**Republik Bern**“ – nicht mehr „Stadt und Republik Bern“. Zentral ist Art. 3: Die Souveränität beruht auf der Gesamtheit des Volkes. Oberste Gewalt ist der Grosse Rat. Der Grossratspräsident hat eine überragende Stellung und bekommt den Titel „Landammann“ Die Grosse Rat wählt den Regierungsrat und das Obergericht.

Aber das Wahlgesetz (es gilt ein **Zensuswahlrecht**: wer Geld hat, darf wählen!) schliesst die Mehrheit der Bevölkerung immer noch von den Wahlen aus!

6. Stärkung der Demokratie durch die Verfassung von 1846

Die Bevölkerung bleibt unruhig. Volksbewegungen in den Jahren 1839 – 41 wenden sich gegen die repräsentative Demokratie liberaler Prägung. Das Misstrauen wird genährt durch den rigorosen Umgestaltungsprozess der ersten liberalen Verfassungen, der stark in alte Gewohnheiten und Rechtsverhältnisse eingreift. Gefordert wird eine „volksthümliche Verfassung“ mit einem **Vetorecht** des Volkes

Die radikale Verfassung von **1846** bringt im Kanton Bern das **Wahlrecht für alle ehrenfähigen Männer** ab dem 20. Altersjahr, das direkte Wahlverfahren und verbindliche Freiheitsrechte. Die Verfassung hält in Art. 1 fest: **Das Bernische Volk(...) bildet einen demokratischen Freistaat**. Wie schon 1831 geht es auch jetzt darum, den Bürger vor Übergriffen des Staates zu schützen, aber vermehrt auch darum, die Bürger für das Wohl der Gesamtheit der Bevölkerung verantwortlich zu machen. (z.B. durch die Armengesetzgebung).

7. Die Demokratische Bewegung und die Einführung des Referendums

An der Linienführung der geplanten Eisenbahn von Biel nach Bern entzündet sich 1861 eine demokratische Bewegung im Kanton Bern, die mit Petitionen, Demonstrationen („Aarberger Sturm“) und Presseartikeln die Einführung des Referendums verlangt. Vergleichbare Proteste finden während der Sechzigerjahre in zahlreichen anderen Kantonen statt. **1869** wird mit einer Urnenabstimmung das **obligatorische Gesetzesreferendum** eingeführt.

Man kann sich die Geschichte der Schweizer Referendumsdemokratie anhand dreier Schritte vergegenwärtigen:

- 1830/31 die Theorie und Praxis der parlamentarischen Repräsentation, gemäss der „das Volk“ seine Souveränitätsrechte delegiert.
- 1839/41 die Logik des Protestes, der ein Vetorecht gegen die Gesetzgebungsakte der Repräsentanten fordert. Angestrebt wird eine Schwächung des Einflusses der Regierungsgewalt, der Beamten- und Geldherrschaft auf die Gesetzgebung durch die Erweiterung der Volksrechte.
- 1860/69 die Zeit, in der „das Volk“ die Souveränitätsgewalt zurückholt, um stets selber das letzte Wort zu beanspruchen. Diese „Demokratische Bewegung“ hat das politische System der Schweiz in seiner noch heute bestehenden Grundform begründet.

(aus „Eine kleine Geschichte der Schweiz“ S. 189-226, Martin Schaffner u.a. edition suhrkamp Nr. 2079)

Sind wir der Demokratie (noch) gewachsen?

Zwei Thesen von **Flavia Wasserfallen** über das Funktionieren der Demokratie heute:

1. Die politische Elite entfernt sich zunehmend von der Gesellschaft

Die Politiker/innen sind oft in ihrer Welt gefangen. Beispiel: Die drei „berühmten“ Initiativen zur Verwahrung von Straftätern, über die Verjähmung und das Minarett-Verbot. Die politische Elite nahm die Ängste der Bevölkerung nicht ernst oder gar nicht wahr. Und jetzt haben wir drei angenommen Initiativen, die nicht mit den Menschenrechten oder dem Völkerrecht kompatibel sind.

FRAGE: Wie weit soll „die Politik“ die Ängste aus der Bevölkerung aufnehmen – wie weit sollen sich die Politiker/innen in ihrer Arbeit am Volk orientieren?

2. Wir sind eine Scheindemokratie

Das Volk ist der Souverän. Aber – und das ist die erste Einschränkung – es ist nur zum Teil stimmberechtigt: Die Niedergelassenen ohne Schweizer-Pass bezahlen ihre Steuern und Sozialabgaben, haben jedoch weder Stimm- noch Wahlrecht. Sowohl das Ausländerstimmrecht wie das Stimmrecht 16 wurden erst 2010 in Kanton Bern deutlich abgelehnt. Ausserdem verzichtet jeweils mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten darauf, an die Urne zu gehen. Die zweite Einschränkung betrifft die finanziellen Mittel: Immer öfters entscheiden das Geld, das in einen Abstimmungs-kampf investiert wird, das Resultat. Wer Geld hat – und das kommt meistens von rechts – hat mehr Macht.

FRAGE: Würde eine Offenlegung der Parteien-Finanzierung, wie sie in den umliegenden Ländern üblich ist, etwas ändern?

Schwerpunkte aus der Diskussion

1. Ist eine niedrige Stimmbeteiligung schlecht?

Nein, ist die prononcierte Meinung von Tobias Kästli. Wichtig sei doch, DASS wir die Möglichkeit haben, uns zu beteiligen. Wir müssen es aber nicht, einen Stimmzwang lehnt er ab. 1848 traten übrigens zur Abstimmung über die heftig umstrittene neue Bundesverfassung nur 55% der Stimmberechtigten an! **Demokratie lebt von der Opposition!**

FRAGE: Sind diejenigen Gruppen, die in populistischer Manier Gefühle hochspielen und mit plakativer Propaganda Abstimmungen bewirtschaften, die guten Demokraten?

2. Teilnahme an der Politik heisst nicht nur abstimmen und wählen.

Unser System bietet mit dem Initiativ- und Referendumsrecht einmalige Möglichkeiten. Politische Diskussionen können breit geführt werden. Das führt aber auch zu einem Spannungsfeld zwischen Interessenvertretern und dem „reinen“ Bürger/der Bürgerin. Das „Wohl der Bürger“ wird oft zitiert, ist aber kaum zu definieren oder zu messen, es bleibt abstrakt und idealistisch.

3. Direkte oder repräsentative Demokratie? – 2 Thesen aus der Sicht ihrer Gegner

Die direkte Demokratie trägt in sich die Tendenz zur **Diktatur der Mehrheit**. Zudem unterliegt sie stark der Manipulation durch einflussreiche und/ oder zahlungskräftige Interessengruppen. Beispiele:

- Die Männer verwehrten der Frauen das Stimm- und Wahlrecht
- Eine religiöse Minderheit wird in ihren Rechten eingeschränkt
- Die Banken verhindern eine wirksame Bankenkontrolle

Die repräsentative Demokratie wird zum **Selbstläufer der Classe politique**. Das Volk wird in die Entscheidungsprozesse nicht einbezogen und kann nur durch Strassenproteste Einfluss nehmen.

Beispiele: Stuttgart 21 und Rentenreform in Frankreich.

4. Unser Menschenbild ist auch politisch.

Unser Menschenbild beeinflusst unsere politische Wahrnehmung und unsere Entscheidungen. So ist z.B. „das Fremde“ für viele eine grundsätzliche Bedrohung. Das zeigt sich gerade jetzt in unsicheren Zeiten (Wirtschaftskrise, Globalisierung) im rechtskonservativen Trend in ganz Europa. Eine offene Demokratie bedingt einen starken Rechtsstaat. Und eine solche Staatsform kann nur funktionieren, wenn über **gemeinsame Werte** Einigkeit besteht.

Zusammenfassung: Urs Graf NHG/RS Bern

KOMMEN WIR AN DIE GRENZEN UNSERES MILIZSYSTEMS?

Einführung durch Lorenz Hess, Gemeindepräsident von Stettlen, Präsident des Verbandes Bernischer Gemeinden (VBG) und Grossrat

L.H. gibt zuerst einen Überblick über seine vielen Funktionen: Mitinhaber einer Agentur für Marketing und Kommunikation, Gemeindepräsident, Grossrat, Infanterieoberst, Präsident des VBG, Präsident Bernischer Jagdverband, Familienvater.

Er ist ein "glühender Verfechter" des Milizsystems. Miliz ist nicht gleichbedeutend mit ehrenamtlich. Auch Milizpolitiker werden meist entschädigt. Sie sind aber neben der Politik auch in einem Beruf fest verankert.

Voraussetzungen für gute Milizpolitik:

- Fähigkeit, sich auf die strategische Führung zu beschränken und im operativen Bereich zu delegieren.

Vorteile:

- Die Politik wird von Leuten gemacht, die parallel dazu noch berufstätig sind und dort eine andere Realität erleben.
- Milizmässige Führung im Verbund mit professioneller Verwaltung ist eine gute Kombination.
- Der Milizpolitiker hat in der Regel ein knappes Zeitbudget. Das zwingt ihn, sich auf strategische Entscheide zu konzentrieren. Er mischt sich nicht in jedes operative Détail ein.
- Die Bürger in der Schweiz haben ein positives Verhältnis zum Staat. Ein Grund dafür ist die Akzeptanz der Milizpolitik.

Einwände:

- Ruf nach Spezialisten. Die Halbwertszeit der Gesetze wird immer kürzer. Dadurch wird es für Milizpolitiker schwieriger, sich auf dem Laufenden zu halten. Dennoch findet L.H., dass Spezialisten nur in wenigen Bereichen notwendig sind (Bauwesen, Juristisches). Es gibt auch eine Gefahr der Überprofessionalisierung. Der "gesunde Menschenverstand" ist wertvoll.
- Es gibt aber Situationen, in denen man an die Grenzen des Milizsystems stösst. Als Gemeindepräsident hat er dies bei der Schliessung der Kartonfabrik Deisswil erlebt, als Verhandlungen bis nach Wien geführt werden mussten.

Nicht nur sachlich, auch zeitlich stösst ein Milizpolitiker manchmal an Grenzen. Letztlich ist das politische Mandat aber doch auch ein Gewinn für sein berufliches Feld, da er von den Beziehungen profitiert, die er knüpfen kann. Leider nimmt die Bereitschaft der BürgerInnen zum Engagement aber ab. Keine Zeit zu haben, ist nach L.H. bloss ein Vorwand. Mitmachen sei eine Frage der Prioritäten, die man sich setzt.

Koreferat durch Andrea Weik, Leiterin des Jugendamtes des Kantons Bern : Aufgaben und Instrumente des Vormundschaftswesens aus dem Blickwinkel der Professionalität

Das Milizwesen ist ein konstituierendes Merkmal unseres föderalistischen Staatsaufbaus. Ehrenamtliches Engagement der BürgerInnen ermöglicht einen schlanken Staat und führt dazu, dass Staat und Gesellschaft nicht getrennte Einheiten sind. In vielen Bereichen werden aber die Aufgaben immer komplexer, die Bereitschaft, neben- oder ehrenamtliche öffentliche Aufgaben zu übernehmen, nimmt ab, der "gesunde Menschenverstand" reicht für eine verantwortungsvolle Wahrnehmung eines Amtes oft nicht mehr aus. Auch aus der Bevölkerung kommt der Ruf nach mehr Professionalität und Sachverstand. Dies lässt sich an der aktuellen Ausgestaltung des Vormundschaftswesens in den Gemeinden und an der Diskussion um das künftige Kindes- und Erwachsenenschutzwesen gut zeigen.

Aktuelle Ausgestaltung:

Die Vormundschaftsbehörden im Kanton Bern sind kommunal organisiert. (Einwohnergemeinderat oder Vormundschaftskommission). Vor allem in kleinen Gemeinden ist diese Laienbehörde bei der Verfahrensführung, Vorbereitung der Anträge und Anordnung von Massnahmen vollständig von den (professionellen) Sozialdiensten abhängig und nicht in der Lage, diese zu kontrollieren und zu steuern. Dies steht im Widerspruch zum Gesetz.

Neues Recht:

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht des ZGB schafft neue Rechtsinstitute (Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung). Es gibt nur noch die Beistandschaft als Einheitsmassnahme, die jedoch massgeschneidert auf den Einzelfall zugeschnitten sein muss. Die Anforderungen an Auswahl und Überwachung der Beistandsperson steigen. Ferner sollen sämtliche Entscheide, auch einschneidende wie fürsorgerischer Freiheitsentzug, Entzug der elterlichen Sorge und Entmündigung in Zukunft bei **einer** Behörde liegen. Es ist evident, dass diese Entscheide nicht von einem nach politischen Grundsätzen gewählten, vorwiegend mit Laien besetzten Gemeinderat getroffen werden können. Das Gesetz schreibt neu vor, dass ein interdisziplinär zusammengesetztes Gremium mit mindestens einer Juristin/Jurist und Fachleuten (vorzugsweise aus Sozialarbeit, Pädagogik, Psychologie und Medizin) eingesetzt werden muss.

Im Kanton Bern wurden zwei Modelle dieser Fachbehörde entwickelt: ein kommunales und ein kantonales Modell. Streitpunkt war die Grösse des Einzugsgebietes. Die Fachleute sind sich einig, dass ein minimales Einzugsgebiet von 50'000 bis 100'000 Einwohnern notwendig ist, damit die Behörde das nötige Fachwissen aufbauen und weiter entwickeln kann.

Die bernischen Gemeinden wehrten sich vehement gegen die Festsetzung eines grösseren Einzugsgebietes und gingen bei ihren Stellungnahmen von 10'000 bis 20'000 Einwohnern aus, was zu 50-70 Vormundschaftsbehörden im Kanton geführt hätte! Das kantonale Modell orientierte sich an den Verwaltungskreisen und sieht elf-Vormundschaftsbehörden vor. In beiden Fällen ist eine Juristin/Jurist als Vorsitzende und je eine Person aus Sozialarbeit und Pädagogik vorgeschrieben. Im kommunalen Modell wäre eine Milizbehörde vorgesehen gewesen, im kantonalen Modell wird das Amt hauptamtlich wahrgenommen. ~~Im~~ Parlament obsiegte schliesslich die kantonale Version, da eine klare Mehrheit zum Schluss kam, dass eine Milizbehörde auf Gemeindeebene nicht in der Lage sei, die neuen Anforderungen zu erfüllen. Nach Ansicht der Referentin hätte es durchaus Lösungsmöglichkeiten im Rahmen der Regionalkonferenzen gegeben, doch haben es die Gemeinden verpasst, zu einer solchen moderaten Reform Hand zu bieten.

Abschliessend stellt die Referentin fest, dass im Vormundschaftswesen durch die Abkehr vom Milizsystem die Bürgernähe teilweise verloren geht. Dies sei aber in gewissen Fällen durchaus erwünscht, da zu grosse Bürgernähe bei schwierigen Entscheiden, insbesondere beim Kinderschutz, nicht zuträglich ist. Der lokale Bezug bleibt erhalten, da der Sachverhalt von lokalen Stellen vor Ort abgeklärt wird.

Schwerpunkte der Diskussion:

1. Interessenkonflikte:

Entsteht nicht ein Interessenkonflikt beim Milizpolitiker, z.B. bei L.H. in der Frage der Organisation des Vormundschaftswesens durch seine verschiedenen Funktionen als Gemeindepräsident, VBG-Präsident, Grossrat? Antwort L.H: Nein, er ist in allen Funktionen für das Milizsystem eingetreten. Gegen Networking von Milizpolitikern ist nichts einzuwenden, eine Grenze ist die Korruption (z.B. wenn ein Milizpolitiker sich Aufträge zuschanzt).

2. Abnehmende Bereitschaft zum Engagement:

Die heutige Arbeitswelt lässt ein Engagement als Milizpolitiker immer weniger zu. Junge Familien mit zwei berufstätigen Eltern haben keine Reserve für Milizarbeit. Die Arbeitgeber müssten für ziviles Engagement (bezahlte) Freizeit zur Verfügung stellen. Auch bei den SeniorInnen gibt es Potenzial. Problematisch ist, dass Politiker immer mehr zu Feindbildern gestempelt werden. Zudem nimmt die Bereitschaft ab, sich in einer politischen Partei zu engagieren.

3. Politisches Karrieremodell:

Die beruflichen Lebensläufe verändern sich (grössere Mobilität, Auslandsaufenthalte). Wie könnte ein politisches Karrieremodell in Zukunft aussehen? L.H: Man sollte den Mut haben, nur für eine beschränkte Zeit in die Politik einzusteigen. Es ist eine interessante Tätigkeit, man kann Beziehungen knüpfen, eine gewisse Zeit macht es Spass, "mitzumischeln und an den Fäden zu ziehen". Dies ist auch ein Gewinn für den Beruf, dem man sich anschliessend wieder voll widmen kann.

Zusammenfassung: Bettina Steinlin NHG/RS Bern

MENSCHEN IN DER MIGRATION – NEUE AKTEURE IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Einführungsreferat von Frau Beate Godenzi, Leiterin Abt. Migration des DEZA – ergänzt durch Informationen aus dem Globalprogramm „Migration und Entwicklung“ des DEZA vom April 2010

Migration weltweit

Migration ist keine neue Erscheinung. Schon immer fanden Wanderungsbewegungen statt. Zurzeit gelten weltweit etwa 740 Millionen Personen als Migranten, die Mehrzahl bewegt sich aber innerhalb ihrer Länder (z.B. Wanderarbeiter in China). Rund 240 Mio. sind über die Grenze gezogen, die meisten in Nachbarländer (z.B. Schwarzafrika). Sie sind dort eine grosse Belastung für die meist armen Regionen. Nur ein kleiner Teil sucht den Weg in die Länder der Ersten Welt. Vielfach sind das nicht die Ärmsten, die „nach Norden“ emigrieren, sondern initiative Gruppen, die gut qualifiziert sind. Nicht nur Europa ist Ziel solcher Migranten, Wanderungsbewegungen finden auch statt von Süd- und Mittelamerika in die USA (z.B. aus Mexiko) oder in Asien von Süden nach Norden. Oft bestehen in der Schweiz falsche Vorstellungen über diese Ströme: so versuchen z.B. nur 1% der afrikanischen Migranten Europa zu erreichen! Eine besondere Kategorie sind die Flüchtlinge aus Krisen- oder Kriegsgebieten. Von den rund 40 Mio. Betroffenen werden mehr als die Hälfte von der UNO, Hilfsprojekten der öffentlichen Hand oder den NGO in ihren Herkunftsländern betreut. Weniger als 1 Mio. finden Zuflucht in den reichen Ländern des Nordens.

Migranten als Entwicklungshelfer

Die Wirtschaftskrise hat weltweit die E’hilfe gebremst. Zunehmend bietet nun die Migration neue Chancen: Der Geld-Rückfluss zurück in die Herkunftsländer ist weltweit mittlerweile grösser als alle E’hilfe. Der finanzielle Transfer von Migranten z.B. nach Ostasien, Südasien sowie nach Lateinamerika beträgt je etwa 60 Milliarden US-Dollar! Nach Afrika südlich der Sahara fliessen jährlich ungefähr 20 Mia aus der Tasche der Migranten. Neben der finanziellen Unterstützung findet auch ein Transfer von Know-how und von Wertvorstellungen statt. Dank dem Internet sind die Migranten immer stärker vernetzt.

Bisher setzte das DEZA mit ihren Projekten direkt in den Entwicklungsländer an, um die Migration gar nicht erst entstehen zu lassen. Jetzt hat aber ein **Paradigmawechsel stattgefunden**: Das „Globalprogramm Migration und Entwicklung“ der DEZA von 2010 betont die Rolle der Migration für die gesellschaftliche Entwicklung und wirbt für ein besseres Verständnis ihrer Auswirkungen sowohl global, national wie innerhalb der Bundesverwaltung. Sie definiert die schweizerische Migrationspolitik neu. Eine wichtige Massnahme ist die Einrichtung einer **Plattform für einen regelmässigen Austausch** zwischen der schweizerischen Zivilgesellschaft (NGO, Vertretungen der Diaspora und Forschungszentren) mit dem DEZA.

Die Schweiz ist angewiesen auf ausländische Arbeitskräfte

Nicht nur qualifizierte Leute aus Deutschland, Fachpersonal aus Europas Norden im Gesundheitswesen oder Informatiker aus Indien sind willkommen, neben billigem Hilfspersonal in der Landwirtschaft aus Osteuropa ist ebenfalls die grosse Zahl von Sans-Papiers für das Prosperieren unserer Volkswirtschaft gefragt.

Gründe für Migration gibt es viele

Im ersten Rang steht eindeutig die Suche nach Arbeit. Oft finden solche Migrationsbewegungen im gegenseitigen Interesse statt (z.B. Migranten aus Asien als Bauarbeiter in den Golfstaaten).

Es entsteht aber auch Migration durch Entwicklung! In Frankreich ausgebildete Afrikaner bleiben dort, Pflegepersonal aus den Philippinen arbeitet in Schweizer-Spitälern. Gut ausgebildete Leute aus Entwicklungsländern finden in der Ersten Welt viel bessere Arbeitsbedingungen, so fliesst aus Dritt-Welt-Ländern das intellektuelle Potenzial ab. Zunehmende E’hilfe führt also nicht zwingend zur Abnahme der Migration. Bereits taucht in politischen Diskussionen das „Recht auf Migration“ auf.

Migranten in der Diaspora

Migranten fangen an, sich in der Diaspora und auch zwischen den Ländern zu organisieren. Es finden aber noch kaum Dialoge zwischen diesen Organisationen und den Regierungen statt, ebenso selten mit ihren Herkunftsländern. Auch die in der E’hilfe tätigen NGO wissen wenig über die Migration und sind nicht aktiv in diesem Gebiet. Deshalb ist die neu geschaffene Plattform der DEZA für einen regelmässigen Austausch (s. Globalprogramm) ein wichtiges Angebot.

Beispiel einer Migrantenorganisation

Informationen von *Bashkim Iseni, Leiter von albinfo.ch, Lausanne*

Die etwa 250'000 Albanisch sprechende Migranten in der Schweiz haben sich gut organisiert und vernetzt. Ihre Internet-Plattform **www.albinfo.ch** erscheint auch auf Deutsch und Französisch und verfolgt folgende Ziele (zitiert ab Webseite):

„Albinfo.ch ist eine Plattform für Information, Kontakt, Austausch und Dienstleistungen, in erster Linie gedacht für die albanischsprachige Bevölkerung der Schweiz, zudem für Schweizerinnen und Schweizer mit Interesse an der Kultur der Balkanländer. Zielsetzung ist die **Förderung und die soziale Integration der albanischsprachigen Bevölkerung** und ein besseres gegenseitiges Verständnis.

Sie will zum Nachdenken anregen darüber, wie **die persönlichen und sozialen Ressourcen der albanischsprachigen Migrantinnen und Migranten in der Schweiz gefördert werden können**, ebenso aber auch diejenigen der schweizerischen Personen und Institutionen, die in regelmässigem Kontakt mit dieser Bevölkerung sind.

Albinfo.ch möchte einen **Freiraum für die Frauen** der albanischsprachigen Diaspora schaffen, damit diese eine wichtigere Rolle im Integrationsprozess und im Entwicklungsprozess der Herkunftsländer wahrnehmen können. Die Informationen und Dienstleistungen zu Themen aus Sicht der Frauen erhalten bei albinfo.ch besondere Aufmerksamkeit.“

Pro Tag werden je 3 bis 4 News sowohl aus dem Balkan wie auch aus der Schweiz aufgeschaltet. Albinfo will **keine ideologische Plattform** sein oder bieten. In der Rubrik „Leben in der Schweiz/Service“ finden Suchende Informationen über die Funktion unserer staatlichen Einrichtungen wie Gesundheitswesen, Schulen und Weiterbildungen, bis zur Gewaltprävention und gesunden Ernährung. Albinfo wird pro Tag 700 bis 1000 mal angeklickt, deckt also ein grosses Bedürfnis ab und könnte Vorbild für andere Migrantenorganisationen sein.

Ein pointiertes Schlusswort

von *René Holenstein, Leiter Abt. Multilaterales der DEZA, Autor von „Wer langsam geht, kommt weit – ein halbes Jahrhundert schweizerische Entwicklungshilfe.“*

1. Eine neue Wahrnehmung tut Not: Migration als Chance

Das Weltflüchtlingsproblem hat sich vom humanitären Problem zum sicherheitspolitischen Thema (nach 9/11) gewandelt. Es wurde Teil der „neuen Bedrohungen“. Voraussetzung zur Lösung ist also ein anderer Focus – die Wahrnehmung von Globalisierung und Migration als Chance.

Chancen:

- Migration als Gewinn für das Zielland
- Neue Jobmöglichkeiten, Wirtschaftswachstum, hochqualifizierte Arbeitskräfte (z.B. Computer-Fachleute in Kalifornien aus Indien).
- Geldrückflüsse ins Herkunftsland

Risiken:

- Abwanderung von Intelligenz aus den Entwicklungsländern, Entwicklungsland trägt Ausbildungskosten
- Innenpolitischer Zündstoff

Der Süden hat in der WTO eine Liberalisierung der Migrationsmöglichkeiten gefordert. Dabei ist er bei den Industrieländern auf taube Ohren gestossen. Frage: Müsste eine liberale Marktwirtschaft den Menschen nicht nur die Auswanderungsfreiheit, sondern auch die **Einwanderungsfreiheit zugestehen?**

2. Die Schweiz ist Teil der Welt – die Welt ist Teil der Schweiz

Warum ist eine neue Wahrnehmung notwendig?

Geografisch und kulturell ist die Schweiz ein Teil Europas. Aber auch Afrika, Asien und Amerika sind heute im schweizerischen Alltag allgegenwärtig. Schauen wir zum Beispiel auf unseren Teller am Mittagstisch. Da spiegelt die Herkunft unserer Mahlzeiten die Globalisierung unserer Wirtschaft: Mangos aus Brasilien, Ananas aus Ghana, Litchies

aus Madagaskar, Sternfrüchte aus Indonesien, Äpfel aus Südafrika. Unabhängig von den Jahreszeiten können wir praktisch alles einkaufen. **In unserem Einkaufskorb hat die Globalisierung längst stattgefunden.**

Die Welt ist in der Schweiz auch bei anderen Produkten und Dienstleistungen präsent, so z.B.

- kaufen Airlines und Börse einen Grossteil ihrer Computerprogramme in Indien ein.
- locken Ferienkataloge mit Pauschalangeboten von Antigua bis Zypern, von Brasilien bis China, von Tunesien bis Thailand.
- führen wir Hemden aus Indien, Bangladesch oder Vietnam ein.
- und sogar die Randsteine im Strassenbau stammen zunehmend aus China, die Grabsteine aus Indien.
- Auch so genannt typisch schweizerische Produkte wie das Bündnerfleisch werden manchmal aus dem Ausland importiert.

Mit anderen Worten: Vieles in der Schweiz hat seine Wurzeln im Ausland. Und selbst unser Wahrzeichen der Alpenflora, der Enzian, ist aus China und Zentralasien eingewandert. Die Beispiele liessen sich vervielfältigen. Alle diese schweizerischen Produkte sind eingebürgert und sind zu einem Teil der schweizerischen Identität geworden. Liesse sich aus diesen Beispielen etwas lernen für den Umgang mit Menschen aus dem Ausland?

3. Die Schweiz leistet wirksame Hilfe vor Ort

Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene ist Friedenspolitik. Neue Ansätze zur Hilfe vor Ort sind u.a.

- Vertrauensbildung in Gemeinden, Hilfe zur Verarbeitung der Traumata durch Unterstützung der betroffenen Kinder und Familien durch Familientherapie, Freizeit- und Sportaktivitäten.
- Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen durch Finanzierung und Wiederinstandstellung von Schulen und Gemeindeeinrichtungen u.a.

4. Herausforderungen

Die traditionelle Aufgabe von UNHCR war und ist der Schutz von Flüchtlingen, die aufgrund eines Krieges oder aufgrund von Verfolgung über Staatsgrenzen geflohen sind. Heute müssen jedoch immer mehr Menschen aufgrund von Konflikten fliehen, die mit extremer Armut und den Auswirkungen des Klimawandels verbunden sind. Es gibt also neue Hintergründe für Flucht und Vertreibung. Viele dieser Ursachen existierten zum Zeitpunkt der Verabschiedung der wichtigsten internationalen Flüchtlings- und Staatenlosenkonventionen vor einem halben Jahrhundert noch nicht. Die internationale Gemeinschaft muss diesen neuen Herausforderungen gewachsen sein.

Für das 21. Jahrhundert sind massive, globalisierte Fluchtbewegungen wie jene in Somalia und Afghanistan symptomatisch. Sie erforderten deshalb auch globalisierte Lösungsansätze – Stärkung der multilateralen Organisationen. **Es ist sehr wichtig anzuerkennen, dass die Arbeit von UNHCR und anderer internationaler Organisationen für viele Menschen Leben statt Tod bedeutet hat, Zuflucht statt völlige Verelendung, Gesundheit statt Krankheit, Schutz statt dramatischer Menschenrechtsverletzungen.** Wir haben viele Gründe stolz zu sein, aber noch mehr Gründe, um über die aktuellen Entwicklungen betroffen zu sein. Die nächsten Jahre werden deshalb ebenso herausfordernd sein wie die vergangenen.

KUNST + KREATIVITÄT INSPIRATION UND QUELLE FÜR DIE ENTWICKLUNG VON GESELLSCHAFT UND DEMOKRATIE?

Referat von Pius Knüsel, Direktor der Pro Helvetia

Der kulturelle Aufbruch

Auslöser einer Kulturbewegung Ende der 70er-Jahre war ein neues Kulturprogramm in der Bundesrepublik, das bis in die Schweiz ausstrahlte. Es stellte folgende Grundsätze auf:

- Kultur ist für alle ein Recht
- Kultur von allen ist Demokratie
- Kunst ist frei
- Kunst ist gut. Mehr Kunst ist besser.
- Kunst ist das Gegenteil von Markt.

Wichtigste Errungenschaft für unser Land war das Agreement mit der Politik, dass Kunst grundsätzlich frei sei und sie nicht marktfähig sein müsse.

Als Folge dieser Bewegung entstanden **alternative Kulturzentren und eine Welle von Museumsbauten** (heute gibt es dreimal so viele Museen wie 1979 und doppelt so viele Bibliotheken!). Die Entdeckung der Kreativität als Motor für die Wirtschaft gipfelte in Hoffnungen wie „Kreativwirtschaft ist unsere Zukunft und löst unsere Wachstumsprobleme.“ So setzte z.B. ein Kampf der Stadtpräsidenten ein, um die „kreative Klasse“ in ihre Metropole zu holen. Die Kunst setzte sich in ehemaligen Produktionsstätten fest (Rote Fabrik, Dampfzentrale).

Die Devise „Wir brauchen mehr Kunst und Kultur“ wurde in der politischen Diskussion übersetzt in „Wir brauchen mehr Kunst- und Kulturförderung“. Das ergab natürlich einen Motivationsschub für Pro Helvetia. Offen blieb allerdings die Frage: Welche Art von Kunst ist da gemeint?

Pro Helvetia – zwischen Identitätskonstruktion und Vielfalt

Gegründet wurde Pro Helvetia 1939 in der Zeit der Landi, der Besinnung auf die Identität des Schweizer-Seins. Sie hatte primär die Aufgabe, Werte zu verteidigen. Der Wandel Ende der 70-er Jahre war einschneidend: Anstatt Antworten bereit zu halten galt es nun, Fragen zu stellen. Ein weiterer grosser Schritt war der zum Slogan der Weltausstellung in Sevilla „la suisse n'existe pas“.

Nach Knüsel lässt sich die Geschichte der Pro Helvetia auf drei Sätze verkürzen:

Was sind wir? - Wie sollten wir sein? - Wie könnten wir sein?

Heute gilt als Grundlage ihres Schaffens das **Kulturförderungsgesetz** (Art. 3): Pro Helvetia soll mithelfen

- den Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt in der Schweiz zu stärken
- ein vielfältiges und qualitative hoch stehendes Kulturangebot zu fördern
- günstige Rahmenbedingungen für Kulturschaffende sowie für kulturelle Institutionen und Organisationen zu schaffen
- der Bevölkerung den Zugang zur Kultur zu ermöglichen und zu erleichtern
- das schweizerische Kulturschaffen im Ausland bekannt zu machen.

Kunst und Kreativität

Kunst gehörte seit je her zum Homo Sapiens. Die Gestaltungskraft ist eine Triebfeder des Menschen. Lange war die Religion, die Kirche Träger der Kultur, der Künstler ein Unternehmer. Seine Aufgabe war die Verherrlichung von religiösen Figuren oder Fürsten. Im 19. Jahrhundert sollte Kunst durch die richtige Erziehung gefördert werden, im 20. Jahrhundert wurde sie oft für staatliche Propaganda eingesetzt. Schon ab Goya (um 1800) beschäftigte sie sich mit dem „Diesseits“ und war den Herrschenden gegenüber kritisch eingestellt. In der neuesten Zeit dient sie der persönlichen Befreiung. Der Künstler will nur noch sich selber verantwortlich sein.

Knüsel zitiert: „**Der Künstler ist die Vollendung des Individuums.**“

Kreativität ist ein zentraler Faktor von Zivilisation. Es ist ein junger Begriff. Er meint die Fähigkeit, neue Problemstellungen durch die Anwendung erworbener Fähigkeiten zu lösen. Der Begriff wurde ursprünglich für alle Arten von schöpferischer Tätigkeit verstanden. Heute wird er, wie oben erwähnt, auch von der Wirtschaft als Schlüsselkompetenz für berufliche Arbeit jeder Art beansprucht. Aber:

„Durch Drill erzeugte Perfektion ist letztlich kein Ersatz für Kreativität.“ (Ansgar Graw, *Die Welt*, 29.1.2011)

Kultur in Bern als Beispiel

Referat von Christian Pauli, Co-Leiter (Musik) der Dampfzentrale Bern und Präsident von bekult

Ist-Zustand

Bern hat im Vergleich mit anderen Städten ähnlicher Grösse ein überaus reiches und vielfältiges Kulturangebot. Echos von aussen, auch aus dem Ausland, bestätigen das immer wieder aufs Neue.

Ganze grosse Sprünge sind aber nicht möglich, Bern ist keine „Kulturhauptstadt“, es fehlt an wirtschaftlichem Potenzial und gesellschaftlichem Rückhalt. Im Vergleich zu Basel z.B. fehlt ein liberales Bildungs-Bürgertum. Die Stadt gibt 34 Mio Franken für Kultur aus (knapp 9 % der Steuereinnahmen), Lausanne dagegen 45 Mio, Luzern 40 Mio. Die Verteilung der Gelder gibt immer wieder Anlass zu heftigen Diskussionen.

Beispiel Kultur-Establishment: Das Stadttheater

Seit Jahren DAS grosse kulturpolitische Thema in Bern. Es ist der grösste Subventionsnehmer: 14,5 Mio Fr. erhält es pro Jahr (das sind nur 39% seiner Einnahmen, der Rest fliesst ihm aus der Region und der Kantonskasse zu). Trotz dieser Subventionierung kann das Stadttheater nie allen Ansprüchen genügen:

Es soll bürgerliche Unterhaltung (Oper) anbieten und Theater sein für die (mitzählende) Region, soll sich profilieren mit zeitgenössische Kultur von nationaler Ausstrahlung, es soll Ort der Konfrontation sein mit aktuellen Themen, sowie Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und eine Bühne bieten für Kulturschaffende.

Nicht nur in Bern ist das Theater in einer Krise: ein Dreispartenhaus ist heute kaum mehr finanzierbar. Ob die Fusion mit dem Berner Stadt-Orchester die Lösung bringt, ist umstritten.

Beispiel Popkultur

Sophie Hunger, die grosse Aufsteigerin der Schweizer Popmusik der letzten Jahre, genießt das Glück der Stunde: Sie hat insgesamt 250'000 Franken direkte öffentliche Fördergelder erhalten, 97'000 Fr von Pro Helvetia. Mittlerweile wurde sie insgesamt mit rund 400'000 Fr. unterstützt (z.B. auch aus dem Migros-Kulturprozent).

Beispiel Underground

Nach vier Jahren Verhandlung erhalten die drei Vereine Dampfzentrale, Interessengemeinschaft für Neue Musik IGNM und die Werkstatt für improvisierte Musik WIM ab 2012 gemeinsam einen Betrag von 10'000 Fr. für ein „Büro für neue Musik“. Im Vergleich zu anderen Städten wird neue Musik in Bern stets als Stiefkind behandelt.

Abgrenzungen zwischen Hoch- und Populärkultur, zwischen elitärer und experimenteller, zwischen unterhaltsamer und ernster Kultur sind hinfällig geworden. Kulturförderung hat ihre klare Aufgabe verloren. Trotzdem drücken bei der Einteilung der Gelder alte Vorstellungen durch.

Offene Fragen

Was ist relevant für Kulturförderung? Wer entscheidet was und wo?

Darf erfolgreiche Kultur, soll marginale Kultur unterstützt werden?

Muss Kultur rentieren, kann man ihren Nutzen berechnen?

Vision Bern

Es werden eigenständige Positionen in Literatur, alternativer Kultur, Rock'n'Roll z.B. und ihre Vernetzung gefördert: Veranstalter rücken zusammen, blicken über ihren Gartenzaun hinaus und suchen überraschende Verbindungen.

Vernetzung ist das Zauberwort, Bern das ideale Pflaster dafür: Man kennt sich hier persönlich, auch wenn man in ganz anderen Domänen arbeitet. Berns Kulturvielfalt birgt grosses Potenzial – gerade wegen seiner gegebenen eingeschränkten Grösse: **Small is beautiful.**

Schwerpunkte aus der Diskussion

Das liebe Geld – der Spielraum wird immer kleiner

Als Beispiel die Stadt Zürich: 94% der Ausgaben für Kunst und Kultur sind durch Parlaments- oder Volksentscheide gebunden. Es bleiben 6% für das freie Kunstschaffen! Weil sich immer mehr „Mitspieler“ im System verankern, um jährliche Zuwendungen zu bekommen, verschärft sich diese Aufteilung laufend.

Sponsoring in der Kunst ist in der Schweiz ein Stiefkind. Die politischen Rahmenbedingungen für Stiftungen z.B. machen es Mäzenen nicht leicht. Bern ist auf der Karte der „Kreativ-Wirtschaft“ nicht vorhanden! Nur Zürich und Genf haben Gewicht.

Künstlerische Freiheit versus Persönlichkeitsschutz

Kunst testet stets Grenzen aus und verletzt manchmal die Privatsphäre. Klagen z.B. Politiker, die sich angegriffen und blossgestellt sehen (Hirschhorn-Affäre) vor Gericht, schützt dieses meistens die künstlerische Freiheit. Die grosse Herausforderung für die Kulturförderung sind aber nicht die Skandale, sondern die Produktion von zu viel „Normalem“! Ch. Pauli: „Wir müssen froh sein um Skandale, die richten den Focus der Medien wieder einmal auf die Kunst!“

Kunst ist alles – ist alles Kunst?

Was sind Indikatoren für eine gute Veranstaltung?

Ch. Pauli: Wenn das Publikum einsteigt, wenn zwischen den Zuschauern „der Strom fliesst“.

P.Knüsel: Wenn Zuschauende/Zuhörende an ihre Grenzen kommen. Wir sollten dorthin gehen, wo wir unseren Widerstand spüren.

Was ist Kunst?

P.Knüsel: Es gibt heute (fast) keine Grenzen mehr, die zeigen, was/wo Kunst ist. Wir müssen an unseren eigenen Grenzen arbeiten und nicht die der Kunst suchen. Es gibt auch keine Autorität (mehr) die sagt, was als Kunst gilt, das muss jeder/jede für sich selber entscheiden!

Kunst schafft Möglichkeiten, sie öffnet Räume, sie stellt Fragen (P.Knüsel).

Zusammenfassung: Urs Graf NHG/RS Bern

SOCIAL MEDIA: FACEBOOK, TWITTER + CO – ORGANISIERT SICH DIE ZIVILGESELLSCHAFT NEU?

Social networks

Einführung von Martin Handschin, mit Unterlagen aus der Ausstellung „HOME“ des Stapferhauses Lenzburg

Vor 50 Jahren wurde die Stiftung Stapferhaus von der Pro Helvetia mit Beteiligung der Neuen Helvetischen Gesellschaft gegründet. Seit 1994 bietet sie regelmässig Ausstellungen zu gesellschaftsrelevanten Themen an. Die aktuelle Präsentation beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und der Vielfalt der neuen Medien, den „social media“.

Stapferhaus-Ausstellungen haben stets das Ziel, die Besucher/innen mit einzubeziehen:

„Es geht uns darum, die Besucher zum Hauptexponat zu machen. Alle Filme, Töne, Texte, die wir inszenieren, sind eigentliche Spiegel, in denen sich die Besuchenden betrachten und mehr über sich erfahren können.“

Im Falle von HOME ist das schwierig, weil die Vorkenntnisse der Leute sehr unterschiedlich sind. Da es Menschen gibt, die wenig Erfahrung mit digitalen Medien haben, muss die Ausstellung und soll diese Einführung den Boden für eine differenzierte Auseinandersetzung bereiten. Ziel dieses Vortrages ist es, in Kürze und möglichst verständlich zu zeigen, wie und wo die digitalen Medien unseren Alltag verändern. Das folgende Glossar soll eine Hilfe dazu sein:

Web 2.0

Wenn wir vom Potenzial des Internet für die Zivilgesellschaft sprechen, meinen wir in erster Linie das Potenzial des Web 2.0. Das Entscheidende am Web 2.0 ist, dass der Internetnutzer neu nicht mehr nur Informationen suchen, sondern auch selber Einträge erstellen, bearbeiten oder kommentieren kann. Die Einwegkommunikation wurde abgelöst durch eine Kommunikation der Vielen. Das Internet wird zu einem Ort des Austauschs, zu einem sozialen Ort.

Social Media

Sammelbegriff für soziale Netzwerke und Netzgemeinschaften, die als Plattform zum Austausch von Meinungen und Erfahrungen dienen.

Social Network Sites SNS

Webseiten, deren primäre Funktion das Herstellen sozialer Verbindungen und die Kommunikation zwischen den einzelnen Benutzern ist.

Facebook

Die wohl bekannteste Social Network Site. Sie wurde 2003 gegründet und weist weltweit über 500 Millionen Benutzer aus. Alleine in der Schweiz haben knapp 2.5 Millionen Personen ein Facebook-Konto – im Januar 2008 waren es noch 25'000. Der Frauen- und Männeranteil sind etwa gleich gross. 89 Prozent der aktiven Nutzer in unserem Land gehören der Gruppe der 14- bis 49-jährigen an. Der Begriff „Facebook-Generation“ wird für die Jungen unter 30 verwendet, sehr aktuell im Umbruch in Nordafrika.

Twitter

Twitter heisst auf Englisch Zwitschern. Es ist eine kostenlose Internetanwendung, bei der Kurznachrichten (sog. *Tweets*) mit maximal 140 Zeichen publiziert werden können. Als *Follower* kann man sich die Tweets von bestimmten Absendern automatisch zustellen lassen. Die Tätigkeit des Schreibens auf Twitter wird als „twittern“ bezeichnet. Twitter ist halb Blog (online-Tagebuch), halb soziales Netzwerk und existiert seit März 2006. Weltweit werden täglich rund 100 Millionen Tweets verschickt. Täglich registrieren sich rund 370'000 User neu und gesellen sich zu den bestehenden 175 Millionen Mitgliedern. In der Schweiz gab es im Februar 2011 mehr als 47'000 Benutzer.

YouTube

Eine gerade im politischen Feld wichtige Internet-Plattform, auf welcher die Benutzer/innen kostenlos und selbständig Videos hochladen und online anschauen können. Pro Minute werden Videomaterial von 24 Stunden Dauer bezogen und pro Tag 2 Milliarden Videos angeschaut. Unvergessen sind beispielsweise die Handyfilme, die uns über YouTube im Sommer 2009 aus dem Iran erreichten. Das kurze Video der sterbenden Neda Agha Soltani etwa – sie wurde von einem Scharfschützen erschossen – gilt vielen als die eigentliche Initialzündung für die Proteste im Iran, Neda wurde zu einer Ikone des Widerstands.

Smartphone

Ein mobiles Kommunikationsgerät, welches zahlreiche Funktionen in sich vereint, zum Standard gehören heute der Zugriff auf das Internet und E-Mail-Dienste, Foto- und Videokamera sowie die Möglichkeit, Apps zu installieren. Allzeit dabei, wird es zum wichtigsten Kommunikationsmittel in der digitalisierten Gegenwart.

Mediennutzung

In der Schweiz benutzen 80% der Männer und 67% der Frauen das Internet. Grundsätzlich gilt: Je jünger, desto mehr, und je höher Bildung und Einkommen, desto öfters werden Internet und Social Medias genutzt. Die Bevölkerung kann in **vier Kategorien** eingeteilt werden:

8% gelten als *Medienabstinente*, die auch TV und Radio selten anstellen. Die *Traditionellen* umfassen 45%, sie brauchen zeitweise ein Handy oder die neuen elektronischen Medien. 36% werden den *Multimedionalen* zugeteilt, die häufig Internet oder Handy benutzen und 12% gehören zu den New-Media-Faszinierten.

Nach Statistik werden die elektronischen Geräte wie folgt benutzt:

93% der Internetnutzer brauchen das Internet zum Empfangen und Versenden von E-Mails.

39% haben und pflegen ein eigenes Profil auf einem sozialen Netzwerk, bei den 15 – 29-jährigen sind es gar 72%.

Via Chat, Forum oder Newsgroups tauschen sich 31% aus, bei den 15 – 29 Jährigen sind es 63%!

32% der Internetnutzer informieren sich online über politische Themen, 9% äussern dazu eine Meinung.

Wie können soziale Netzwerke für die politische Aktivierung verwendet werden?

Input von Andreas Hugli, Furrer.Hugli&Partner AG- Public Affairs und Public Relations

Social Media – ein neuer Kommunikationskanal

Es sind vor allem die jungen Parlamentarier/innen, die mit dem Facebook arbeiten. An der Spitze steht mit grossem Abstand die SVP vor der winzigen Piratenpartei (!) und der SP. Die junge Nationalrätin Ricklin (SVP) hat z.B. via Internet innerhalb von 14 Tagen über 50'000 Unterschriften gegen die Billag-Gebühren gesammelt.

Im Total aller politischen Twitterprofile steht, nach der Piratenpartei, die FDP an der Spitze. Zieht man aber die inaktiven Profile ab, so schrumpfen die Zahlen meist auf die Hälfte und die „Tweets“ sind beinahe inexistent. Ein Problem ist ebenfalls die Bewirtschaftung der Facebook-Seiten: wenn, was häufig der Fall ist, monatelang keine Bearbeitung erfolgt, könnte auf diesen Kanal ebenso gut verzichtet werden!

Ändert sich das Campaigning, werden Wahlkämpfe anders geführt?

Zwei Trends sind sichtbar. Es muss **immer schneller** gehen, und die **Werteorientierung** nimmt laufend zu.

Politiker, Politikerinnen müssen, um erfolgreich zu sein, zuhören können und interaktiv mitmachen. Mit Hilfe ihrer „Facebook-Freunde“ können sie die Stimmung abschätzen („das Ohr am Boden haben“) und via Twitter und Bloggs sind Dialoge mit potenziellen Wählenden möglich.

Die Social Media können ein **Testmarkt** sein, müssen aber in Kombination mit den „traditionellen“ Medien wie Inserate, Flyer und Plakate erfolgen.

Social Media im Wahlkampf

Input von Mark Balsiger, Border-Crossing AG, PR+Kommunikation

Zum Beispiel ein Huhn

Der grosse Hit in der TV-Werbung war im letzten Quartal „Chocolate“, das braune Huhn, das in die Stadt marschiert, um sein frisches Ei in der Migrosfiliale in den Eierkarton zu legen. Es existiert bereits eine Facebook-Fanseite mit über 50'000 Freunden von Chocolate!

Wieso war dieses Filmchen so erfolgreich? Weil die Werbung nicht vordergründig wahrgenommen wird, Spannung und Spass überwiegen. Politwerbung darf und kann man mit Warenwerbung vergleichen, ABER beim Geld hört es auf: Die Kosten für den Migros-Werbefilm waren etwa so hoch wie das Budget einer grossen Partei für ein ganzes Wahljahr...

Zum Beispiel der Ständerats-Wahlkampf

Der 2. Wahlgang der Ständeratswahl im Kanton Bern verlief sehr engagiert und brachte ein äusserst knappes Resultat. Elektronische Medien wurden unterschiedlich eingesetzt: Der SVP-Mann Amstutz lachte von unzähligen Plakaten auf Wiesen und Feldern im ganzen Kanton. Das Facebook setzte er ebenfalls ein, allerdings sehr marginal: nur 169 Freunde trugen sich ein und noch zwei Tage nach seiner Wahl herrschte dort Wahlkampf. Seine Gegnerin, die SP-Frau Wyss, ist eindeutig eine Vertreterin der urbanen, jüngeren Generation. Von ihr finden wir auf Facebook über 1000 Freunde und vor allem ein karikierendes Filmchen auf YouTube, das über 10'000 mal angeklickt wurde. Leider hatte die Partei es versäumt, diese „Perle“ zu verlinken, so dass die Wirkung recht bescheiden blieb.

Fazit

- Das Internet und seine Möglichkeiten sind noch nicht in den Köpfen der Politiker angekommen
- Die Schweiz ist ein Plakatland
- Viel zu oft werden Pseudo-Events gesucht, damit man in die 20-Minuten-Presse kommt, oder man startet Aktionen aus dem „Sauglattismus“, wie die CVP mit ihrem legendären Dusch-Gel.
- Die Politwerbung wird sich nur langsam in die Social Media verlagern

Diskussion

1. Wie gross ist die Nachhaltigkeit der Social Media in der Politik?

Der Wahlkampf wird durch den Einsatz der elektronischen Medien billiger. Die Zeit, die dafür aufgewendet werden muss, ist aber enorm (bis 1 Stunde pro Tag)! Es gilt, die Internet-Plattform täglich zu bewirtschaften, um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen.

2. Passen Staat, Verwaltung und Social Media zusammen?

Es ist keine eindeutige Antwort möglich: Der Staat als hierarchisch gegliederte Organisation passt eigentlich nicht mit der Anti-Hierarchie der Social Media zusammen. Was aber klar ist: Solange keine valablen Filter existieren, die in Bloggs und ähnlichen Einrichtungen Entgleisungen, Diskussionsbeiträge übelster Art herausholen, ist eine elektronische Diskussion unmöglich (nur negative Erfahrungen bei der SRG mit Foren zur TV-Arena, zum Club u.ä.)

3. Kann man, soll man Kinder in Internet begleiten?

Das grosse Problem ist, dass die Eltern meistens „digital immigrants“ sind, während die Kinder als „digital natives“ gelten. Trotzdem müssen Eltern Leitplanken setzen, darüber reden und auf Gefahren aufmerksam machen: Mädchen, die sich in Chat-Rooms bewegen und sich altersmässig zu erkennen geben, erhalten innert Minuten ein-(oder auch zwei-)deutige Angebote! Kinder frei in interaktiven Foren surfen zu lassen ist wie wenn wir sie abends nach 22 Uhr im Bahnhof von Bern oder Zürich flanieren liessen.

Eine Überwachung der eigenen Facebook-Einträge ist ebenfalls ratsam, leicht ist es, sie von aussen zu verändern und Leute darin, selbst mit Fotos, bloss zu stellen. Facebook-Freunde sind nicht alles Freunde!

4. Schlussvoten: Wie bewerten Sie die Möglichkeiten der Social Media für unsere Demokratie?

Handschin: Positiv. Es ist eine unumkehrbare Tatsache, dass die SM immer wichtiger werden. Mit kleinen Aktionen können wir so eine grosse Wirkung erzielen.

Balsiger: Positiv. Die SM sind nicht ein Hit wegen der Vielfalt dieser Medien, sondern wegen ihrer Wirkung. Der politische Diskurs verlagert sich allmählich, er wird durch die SM belebt.

Hugi: Positiv. Die SM können zum „Stammtisch“ der Nation werden.

Zusammenfassung: Urs Graf NHG/RS Bern